

Im Jahr 1963 analysierte Helmuth Rogge in der *Politischen Meinung* die großen „Affären im Kaiserreich“ Wilhelms II. Er tat dies, wenn auch höflich bedeckt, vor dem Hintergrund des *Spiegel*-Skandals, der damals die Bundesrepublik erschütterte. Rogge kam zu dem Schluss, die geschichtliche Wirkung von Skandalen sei grundsätzlich positiv, weil sie als „Ventile für politischen Überdruck und als Bewegener einer historischen Entwicklung“ notwendig seien. Heute, vierzig Jahre danach, lohnt es sich, noch einmal einen Blick in die europäische Moderne zu werfen und nach der Natur von Skandalen zu fragen, um zu wissen: Wie soll man mit ihnen umgehen? Auf die Aktualität dieser Frage deutet gegenwärtig die Visa-Affäre, die möglicherweise einmal unter dem Namen „Fischer-Skandal“ bekannt sein wird.

Zwar gab es zu allen Zeiten Skandale, aber nur sehr wenige haben die Gesellschaft wirklich polarisiert. Und dies war immer dann der Fall, wenn es um eine moralisch umstrittene Frage ging. Die Wallraffs und Prantls werden es nicht gerne hören, denn sie leben davon, aus jedem Skandal eine Staatskrise zu konstruieren. Wer aber die europäische Skandalgeschichte liest, erkennt schnell: Wo sich die Verlockungen von Macht, Geld und Sex treffen und die Eliten von halbwegs freien Journalisten kontrolliert werden, wird es immer wieder einen politischen Skandal geben. Der Soziologe Karl Otto Hondrich hat ihn kurz und treffend definiert als Verfehlung von hoch gestellten

Persönlichkeiten oder Institutionen, die von den Medien enthüllt wird. Daraufhin setzt eine breite öffentliche Empörung ein, welche die ganze moderne Gesellschaft zeitweilig zu einer einzigen Wertegemeinschaft verbindet – gegen die offensichtlich Schuldigen. Diese müssen sich, egal wie mächtig sie in Politik und Wirtschaft sind, dem Sturm des Skandals beugen und Buße leisten. Nach diesem Schema funktionierten fast alle deutschen Skandale seit dem Zweiten Weltkrieg. Besonders in den Parteispendskandalen wurde gerne das Ende dieser Republik ausgerufen. Bei all der Aufregung über Parteischatzmeister, schwarze Kassen, Bonusmeilen und gemeinsame Shopping-Trips von Politikern und Lobbyisten ist allerdings in Vergessenheit geraten, dass es ganz andere Kaliber von Skandalen geben kann – wenn in ihnen eine gesellschaftliche Konfliktlinie zum Ausbruch kommt.

Moral gegen Moral

Diese Skandale sollen in Abgrenzung zu gewöhnlichen politischen Skandalen im Sinne Hondrichs (Macht, Sex, Geld, Vetterwirtschaft) moralische Skandale genannt werden. Moralische Skandale beruhen oft auf einem politischen Skandal, sie besitzen aber die umgekehrte Wirkung: Das Volk ist in ihnen nicht gegen die eindeutigen Verletzer von Werten und Normen vereint, sondern es polarisiert sich untereinander, steht sich in Wertegemeinschaften gegenüber. Hier kämpft Moral gegen Moral. Seit der Dreyfus-

Affäre vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts ist diese Form des Skandals mit einem neuen Personentypus der Moderne verbunden: dem Intellektuellen. Verstanden als Gesellschaftskritiker, gab es ihn zu allen Zeiten. Staatsmännischer Philosoph wie Sokrates und Platon war er in Griechenland, philosophischer Staatsmann wie Cato und Cicero in Rom. Im Mittelalter ist er Kirchenvater, Ordensgründer oder Mystiker, in der frühen Neuzeit Humanist und Reformator. Die Philosophen der Aufklärung und *hommes des lettres* bereiteten dann die erneute fundamentale Änderung dieser Figur im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts vor. Mit der Entstehung von Massenmedien und Massenpublikum wurde dem Intellektuellen die alte Waffe des Gesellschaftskritikers, das Wort, auf ungeahnte Weise geschärft. Er konnte nun als „öffentlicher Ankläger“ die Übel seiner Zeit angreifen. Und die europäische Moderne bot Missstände reichlich, denn Säkularisierung, Demokratisierung, Industrialisierung, Medialisierung schafften beides: ungeahnten Fortschritt und schlimmste soziale Verwerfungen.

Historische Beispiele

Zwei historische Beispiele aus wilhelminischer und viktorianischer Moderne sollen den Charakter des moralischen Skandals und die wichtige Rolle des Intellektuellen verdeutlichen, um einen kritischen Blick auf den Skandal in der Gegenwart zu werfen.

Schon Helmuth Rogge hatte Maximilian Harden als den führenden Publizisten des Kaiserreiches gewürdigt. Als öffentlicher Ankläger von Missständen trat Harden bereits zu Beginn seiner schillernden Karriere Anfang der 1890er Jahre in Erscheinung. Kaiser Wilhelm II. regierte nach der Parole: „Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen.“ Tatsächlich führte er Deutschland in die

schlimmsten internationalen Krisen von Krüger-Depesche, Hunnenrede und Daily-Telegraph-Affäre und letztendlich in die Isolation. Seinen zahlreichen Gegnern in Deutschland aber drohte er: „Diejenigen [...], welche sich mir [...] entgegenstellen, zerschmettere ich.“ Des Kaisers markige Sprüche wurden zu geflügelten Worten, die im Ausland Erstaunen und Gelächter, in Deutschland aber, je nach Gesinnung, Beifall oder Scham hervorriefen.

Kritik am Kaiseramt

Silvester 1892 griff Harden den Kaiser in seiner neu gegründeten Zeitschrift *Die Zukunft* wegen seines „byzantinischen Größenwahns“ scharf an. Er verglich ihn mit dem hundert Jahre zuvor hingerichteten französischen König Ludwig XVI., der ebenfalls geglaubt habe, „zwischen zwei Hirschparkjagden“ ein Land regieren zu können. Mit Sätzen wie „Und dennoch würde der sich einer bewussten Täuschung schuldig machen, der behaupten wollte, dass heute der monarchische Gedanke bei uns noch so feste Wurzeln hat wie vor fünf Jahren. Die ruhige Sicherheit ist fort, und mit wachsender Beängstigung fragt die Nation, wie der Deutsche Kaiser sich erziehen werde“, gelang es Harden, eine breite Empörung zu erzeugen und die Öffentlichkeit zu polarisieren. Konsequenterweise wurde ihm ein in Deutschland und im Ausland viel beachteter Prozess wegen Majestätsbeleidigung gemacht, auf Drängen des Kaisers selbst, wie schnell bekannt wurde. Umso sensationeller war dann der Freispruch, denn, wie der zuständige preußische Landgerichtsdirektor Schmidt befand: „Die Ehrfurcht vor einem Fürsten zeigt sich nicht darin, dass man ihm byzantinisch zu Füßen liegt und ihm schmeichelt, sondern [...] auch ihm gegenüber die Wahrheit hochhält.“

Hardens Kampf gegen Wilhelm II. war nur oberflächlich eine persönliche

Abrechnung. Der politische Skandal um die inkompetente Amtsführung des Kaisers war ein moralischer Skandal, der von einer gesellschaftlichen Konfliktlinie zehrte. Arbeiterbewegung, fortschrittliche Liberale, Katholiken und Süddeutsche bekämpften seit langem die autokratische Monarchie. Selbst in den traditionellen Eliten Preußens rumorte es durch den Sturz Bismarcks und dessen Intrigen gegen den neuen Kaiser Wilhelm II. „Für den“ habe er dieses monarchische System nicht geschaffen, ließ Bismarck in der Öffentlichkeit verbreiten. Große Teile der Bevölkerung standen dennoch in bedingungsloser Loyalität zur „Krone“. Harden, Vertrauter Bismarcks in dessen letzten Lebensjahren, kritisierte den Monarchen jahrzehntelang mit Leidenschaft – immer in der Pose des öffentlichen Anklägers. Denn für ihn war das größte Übel im Deutschen Reich das monarchische System, wenn an seiner Spitze ein „Allerhöchster Herr“ wie Wilhelm II. stand, der den Kompetenzen seines Amtes in keiner Weise gewachsen war und, umgeben von unverantwortlichen Beratern, von eitler Großmannsucht getrieben wurde.

Enthüllung von Kinderprostitution

Wenige Jahre bevor Harden die katastrophale Amtsführung des deutschen Kaisers bloßstellte, verursachte in Großbritannien die Enthüllung der massenhaften Zwangsprostitution von Kindern den größten Skandal der britischen Geschichte. London wurde von vielen Zeitgenossen das „moderne Babylon“ genannt. Charles Dickens hat in seinem *Oliver Twist* eine Ahnung von den gesellschaftlichen Verwerfungen und den alltäglichen Verbrechen gegeben. Als einer der schärfsten Kritiker dieser Zustände hatte sich William Thomas Stead etabliert. Der Herausgeber der *Pall Mall Gazette* war ein tiefreligiöser Mensch, der gleichzeitig modernste journalistische

Methoden verwendete, um die Strafllosigkeit für den Geschlechtsverkehr mit Mädchen, damals ab dem Alter von dreizehn Jahren, auf wenigstens sechzehn Jahre zu erhöhen und den juristischen Missstand abzustellen, dass Kinder nicht gegen ihre Peiniger aussagen konnten, weil sie nicht als rechtsfähig galten. Am 6. Juli 1885 begann er mit dem Artikel „The Maiden Tribute of Modern Babylon“ seinen Angriff auf die allgegenwärtige Kinderprostitution in London, die nach seiner Überzeugung von Regierung und Parlamentsmehrheit über Jahre geradezu begünstigt worden war. In einer selbst nach heutigen Maßstäben schockierenden Direktheit enthüllte Stead den Handel, Verkauf und Missbrauch von jungen Mädchen mit Schlagzeilen wie „The Forcing of Unwilling Maids“, „I Order Five Virgins“ oder „Delivered for Seduction“. Der Eindruck auf die viktorianischen Zeitungsleser, für die es schon einen Skandal bedeutete, wenn eine Frau ihren Fuß entblößte, war verheerend. Der Absatz der *Pall Mall Gazette* stieg zeitweise von 12 000 auf über eine Million Exemplare. Persönlichkeiten wie George Bernard Shaw trugen dazu bei, indem sie 400 000 freie Ausgaben in den Straßen Londons verteilen und 40 000 Ausgaben an Geistliche im ganzen Land verschicken ließen. Nach Steads Pressekampagne kam es zu einem Gerichtsprozess gegen ihn, weil er für seine Artikelserie mithilfe der Heilsarmee die Entführung eines dreizehnjährigen Mädchens inszeniert hatte, um seine Ausführungen glaubwürdig zu machen. Trotz enormer öffentlicher Unterstützung wurde er für diese inszenierte „Entführung“ zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Doch was noch kurz zuvor für aussichtslos gehalten worden war, gelang nun: Das britische Unterhaus setzte innerhalb weniger Tage nach Steads Artikeln ein Gesetz in Kraft, wonach der Geschlechtsverkehr mit Minderjährigen unter sechzehn Jahren bestraft

wurde und Kinder vor Gericht aussagen konnten.

Der Kampf von Moral gegen Moral ging unterdessen weiter. Der von Stead erregte politische Skandal wurde zu einem moralischen Skandal um die gesellschaftliche Konfliktlinie von Arm und Reich in Großbritannien und die in der Politik vorherrschende Geisteshaltung des *laissez-faire*, die den massenhaften Missbrauch von Kindern in Zwangsprostitution erst ermöglicht hatte. Nun suchten konkurrierende Wertegemeinschaften nach Antworten auf die drängende soziale Frage der viktorianischen Gesellschaft.

Intellektuelle als Katalysatoren

Der moralische Skandal und die führende Rolle der Intellektuellen als öffentlichen Anklägern von Missständen sind gesamt-europäische Phänomene, bei denen immer die Grundfragen einer Gesellschaft verhandelt werden. Viele weitere klingende Namen stehen dafür, wie Intellektuelle als gesellschaftliche Katalysatoren wirken konnten: Henry Labouchere in Großbritannien, Emile Zola in Frankreich, Karl Kraus in Österreich-Ungarn, Kurt Tucholsky in Deutschland. Politische und moralische Skandale verhalten sich zueinander wie Blitz und Blitzein-

schlag. Die Frage ist offen, ob moralische Skandale heute seltener als in der dynamischen Zeit der Moderne sind. Gibt es zurzeit keine drängenden Konfliktlinien? Oder liegt es daran, dass diese Zeit nicht ihre Intellektuellen, ihre „öffentlichen Ankläger“ gefunden hat?

Kürzlich traten im politischen Fischer-Skandal die eklatanten Fehler in der Amtsführung des Außenministers, die eine massenhafte Zwangsprostitution in Deutschland und Europa ermöglichten, offen zu Tage. Es stellt sich die Frage, ob es den Grünen als einer von vielen Wertegemeinschaften in unserem Land gelingt, den moralischen Fischer-Skandal weiter aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, weil er die Regierung schwächen und kommende Wahlen mitentscheiden könnte. Es ist die Geisteshaltung in der seit langem umkämpften gesellschaftlichen Konfliktlinie, ob Deutschland ein Einwanderungsland sein soll und die multikulturelle Gesellschaft ein erstrebenswertes Ziel ist, die den politischen Fehlentscheidungen zu Grunde lag. Wenn es aber eine Lehre aus der Geschichte der Skandale gibt, dann ist es die Erkenntnis, die Hon-drich in das Bonmot gefasst hat: „Nichts ist den guten Sitten zuträglicher als der Skandal – vorausgesetzt, er vollendet sich.“

Die etwas später als gewohnt erscheinende Augustausgabe der Politischen Meinung wird sich aufgrund der aktuellen innenpolitischen Entwicklung mit dem Thema

Neuwahlen in Deutschland

beschäftigen.

Die Beiträge befassen sich unter anderem mit dem Wahlprogramm der CDU, einer Bilanz der rot-grünen Regierung, den Besonderheiten eines Kurzwahlkampfes sowie mit der Bedeutung von TV-Duellen.

Vorgestellt werden außerdem Publikationen zum politischen Marketing.